

Niederschrift
über die 2. Sitzung des Ausschusses für Inklusion
am 09.02.2015 in Köln, Landeshaus

Anwesend vom Gremium:

CDU

Hurnik, Ivo	
Krebs, Bernd	für Isenmann, Walburga
Natus-Can M.A., Astrid	
Tondorf, Bernd	für Norkowsky, Arnold
Dickmann, Bernd	für Rubin, Dirk
Schittges, Winfried (MdL)	
Solf, Michael-Ezzo	
Wöber-Servaes, Sylvia	
Wörmann, Josef	Vorsitzender

SPD

Daun, Dorothee
Lüngen, Ilse
Meiß, Ruth
Schmerbach, Cornelia
Schmidt-Zadel, Regina
Servos, Gertrud
Weiden-Luffy, Nicole Susanne

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herlitzius, Bettina
Schmitt-Promny M.A., Karin
Zsack-Möllmann, Martina

FDP

Boos, Regina

Die Linke.

Dr. Bell, Hans-Günter
Jacob, Tobias

Freie Wähler/Piraten

Rehse, Henning

Verwaltung:

Frau Lubek
Herr Roggendorf

Frau Butz
Herr Woltmann

LVR-Direktorin
Vorsitzender der
Gesamtschwerbehindertenvertretung
Fachbereich 03
Leiter der LVR-Anlaufstelle BRK

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 1. Sitzung vom 11.12.2014
3. Geschäftsordnung für einen "Beirat für Inklusion und Menschenrechte" zur Ausgestaltung von politischer Partizipation im LVR im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention **14/297/1**
4. Referentenentwurf eines Ersten allgemeinen Gesetzes zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen **14/188/1**
5. Aktionsplan der Landesregierung NW zur Stärkung des selbstbestimmten Lebens, zur Qualitätssicherung der rechtlichen Betreuung sowie zur Vermeidung unnötiger Betreuungen **14/233**
6. GEPA NRW: Novellierung des Alten- und Pflegegesetzes (früher "Landespflegegesetz") und des Wohn- und Teilhabegesetzes **14/271**
7. Neukonzeption der LVR-Inklusionspauschale **14/224/1**
8. Angebote des LVR als Beitrag zur Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen **14/203/1**
9. Zielvereinbarung zur Herstellung von Barrierefreiheit zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und den Verbänden von Menschen mit Behinderungen hier: Zwischenbericht **14/236**
10. Aktive Partnerschaft des LVR im Rahmen der Landesinitiative "Vielfalt verbindet! Interkulturelle Öffnung als Erfolgsfaktor." **14/253**
11. Erfahrungsbericht über die Kooperation zwischen der LVR- Anna-Freud-Schule und der städt. Ernst-Simons-Realschule in Köln **14/246/1**
12. Anfragen und Anträge
13. Mitteilungen der Verwaltung
14. Verschiedenes

Beginn der Sitzung: 09:30 Uhr

Ende der Sitzung: 10:45 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird anerkannt. Die Ergänzungsvorlage Nr. 14/297/1 (Tischvorlage) wird Beratungsgrundlage zu TOP 3 und ersetzt insofern die Vorlage Nr. 14/297.

Punkt 2

Niederschrift über die 1. Sitzung vom 11.12.2014

Für weitere Informationen zu TOP 8 (Das "LVR-/LWL-Budget für Arbeit", Vorlage 14/150/1) wird auf Nachfrage auf die Ergebnisse des Forschungsprojektes "Budget für Arbeit" des LVR-Integrationsamtes hingewiesen, die am 28.11.2014 in einer Fachtagung öffentlich vorgestellt wurden. Der Abschlussbericht steht als PDF im Internet und als Broschüre kostenfrei zur Verfügung.

Gegen die Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 3

Geschäftsordnung für einen "Beirat für Inklusion und Menschenrechte" zur Ausgestaltung von politischer Partizipation im LVR im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention Vorlage 14/297/1

Frau Lubek dankt für die konstruktive Zusammenarbeit im interfraktionellen Arbeitskreis, die es der Verwaltung ermöglicht habe, zeitnah einen Beschlussvorschlag vorzulegen.

Frau Servos teilt mit, dass auch der Landesbehindertenrat bereits sein Zustimmung zu der in der Geschäftsordnung geregelten Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Inklusion erklärt habe.

Frau Schmitt-Promny gibt zu Protokoll, dass ein Beirat des Ausschusses für Inklusion als zur Zeit rechtlich mögliche Form der politischen Partizipation zu verstehen sei. Das weitergehende Ziel müsse ein einziges Gremium mit gleichberechtigten Mitgliedern aus Politik und Selbstvertretung bleiben.

Der Vorsitzende erklärt, dass sich die Fraktionsvorsitzenden der CDU und der SPD bezüglich einer Rechtsänderung für ein solchermaßen zusammengesetztes Gremium analog des Landesjugendhilfeausschusses bereits schriftlich an die Ministerpräsidentin gewandt haben.

Der Ausschuss fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Der Geschäftsordnung für einen "Beirat für Inklusion und Menschenrechte" wird gemäß Vorlage 14/297/1 zugestimmt.

Auf der Grundlage eines gemeinsamen Wahlvorschlages aller Fraktionen werden

daraufhin einstimmig die folgenden Personen gemäß Ziffer 2 b) der neuen Geschäftsordnung in den Beirat gewählt:

Herr Solf (CDU)

Frau Daun (SPD)

Frau Schmitt-Promny (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Boos (FDP)

Herr Rehse (Freie Wähler/Piraten)

n.n. (Die Linke.)

Punkt 4

Referentenentwurf eines Ersten allgemeinen Gesetzes zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen

Vorlage 14/188/1

Der Referentenentwurf eines Ersten allgemeinen Gesetzes zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen und die gemeinsame Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände und beider Landschaftsverbände vom 12.12.2014 hierzu wird gemäß Vorlage Nr. 14/188/1 zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

Aktionsplan der Landesregierung NW zur Stärkung des selbstbestimmten Lebens, zur Qualitätssicherung der rechtlichen Betreuung sowie zur Vermeidung unnötiger Betreuungen

Vorlage 14/233

Frau Lubek erläutert, dass die Landschaftsverbände zum Entwurf des Justizministeriums für den Aktionsplan, der 2014 im Inklusionsbeirat der Landesregierung vorgestellt wurde, Stellung genommen haben. Viele Aspekte der Stellungnahme seien leider nicht aufgegriffen worden.

Die Ausschussmitglieder **Frau Daun, Frau Zsack-Möllmann und Herr Solf** erhalten das Wort. Das Thema wird zur Beratung im neuen LVR-Beirat für Inklusion und Menschenrechte (vgl. TOP 3) unter besonderer Berücksichtigung des Artikel 12, Absatz 3 der UN-Behindertenrechtskonvention vorgeschlagen.

Der Bericht über den Aktionsplan der Landesregierung NW zur Stärkung des selbstbestimmten Lebens, zur Qualitätssicherung der rechtlichen Betreuung sowie zur Vermeidung unnötiger Betreuungen wird gemäß der Vorlage 14/233 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6

GEPA NRW: Novellierung des Alten- und Pflegegesetzes (früher "Landespflegegesetz") und des Wohn- und Teilhabegesetzes

Vorlage 14/271

Der Vorsitzende schlägt vor, über erste Erfahrungen mit der Umsetzung des neuen Gesetzes durch die Heimaufsichten in etwa einem halben Jahr zu beraten.

Der Bericht der Verwaltung zur Novellierung des Alten- und Pflegegesetzes (früher "Landespflegegesetz") und des Wohn- und Teilhabegesetzes wird gemäß Vorlage Nr. 14/271 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7

Neukonzeption der LVR-Inklusionspauschale

Vorlage 14/224/1

Die Ausschussmitglieder **Frau Weiden-Luffy, Herr Solf, Frau Schmitt-Promny, Frau Boos, Herr Dr. Bell** erhalten das Wort.

Frau Lubek führt insbesondere zur gesetzlichen Zuständigkeit des Landes und zur Deckelung und Befristung der freiwilligen LVR-Leistung gemäß des Beschlussvorschlages aus. Das auch schon im Schulausschuss problematisierte Stichtagsverfahren für Anträge werde sorgsam beobachtet. Sie sagt auf Nachfrage zu, dass die in der Vorlage bezifferten Ausgaben in 2014 für die LVR-Inklusionspauschale auch nach Förderinhalten differenziert dargestellt werden (siehe Anlage zu TOP 7 dieser Niederschrift).

Der Ausschuss fasst **einstimmig** bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. folgenden empfehlenden Beschluss:

Dem Vorschlag der Verwaltung wird entsprechend der Vorlage Nr. 14/224/1 zugestimmt. Die Verwaltung wird mit der Fortführung der LVR-Inklusionspauschale in der vorgeschlagenen Form beauftragt.

Punkt 8

Angebote des LVR als Beitrag zur Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen

Vorlage 14/203/1

Zu einem abschlägigen Antwortschreiben des Vorstandsvorsitzenden der LVR-Klinik Düren auf ein Unterstützungsgesuch des Bürgermeisters der Stadt Düren sagt **Frau Lubek** einen Bericht im Landschaftsausschuss am 11.02.2015 zu. Es wird gebeten, auch im zuständigen Krankenhausausschuss und im Gesundheitsausschuss dazu zu berichten.

Die Angebote des LVR zur Unterstützung der Kommunen im Rheinland bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen werden gemäß Vorlage Nr. 14/203/1 zur Kenntnis genommen.

Punkt 9

Zielvereinbarung zur Herstellung von Barrierefreiheit zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und den Verbänden von Menschen mit Behinderungen

hier: Zwischenbericht

Vorlage 14/236

Der Vorsitzende erklärt, dass der LVR mit der Zielvereinbarung und seiner systematischen Umsetzung Vorreiter sei. Die Ausschussmitglieder **Frau Daun, Frau Herzitzius, Herr Jacob, Herr Dr. Bell, Frau Servos, Frau Boos und Frau Schmitt-Promny** erhalten das Wort.

In den Beiträgen wird das Thema Barrierefreiheit zur weiteren Beratung im neuen LVR-Beirat für Inklusion und Menschenrechte (vgl. TOP 3) vorgeschlagen.

Barrierefreiheit gehe über bauliche Vorkehrungen für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen hinaus und betreffe auch Belange von Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen. Ebenso zähle die Verständlichkeit von schriftlichen

Informationen (Lesbarkeit, Leichte Sprache) dazu. Die gründliche Qualifizierung von Fachplanerinnen/Fachplanern im LVR-Gebäude- und Liegenschaftsmanagement wird als zielführend gelobt.

Frau Lubek verweist darauf, dass die Zielvereinbarung das verbindliche Rahmenkonzept für Zielrichtung 5 des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention darstelle. Auf Nachfrage erklärt sie, dass bei konkretem Interesse zu prüfen sei, wie die besondere Expertise des LVR auch Externen etwa in Form von Fortbildungen zugänglich gemacht werden könne.

Die Nachfrage, wie die Spalte "Keine Umsetzung" in den umfangreichen Listen des Zwischenberichtes zu verstehen sei, kann über das Protokoll wie folgt beantwortet werden:

In sehr wenigen Punkten kamen die Vereinbarungspartner zu der gemeinsamen Einschätzung, dass Barrierefreiheit auch in einem langfristigen Zeitraum bei angemessenem Mitteleinsatz nicht wirklich herzustellen sei. Nur in diesen wenigen Fällen wurde die Bewertung "Keine Umsetzung" vereinbart. Gleichwohl werden nach Möglichkeit auch hier angemessene Vorkehrungen getroffen, die Zugänglichkeit zu verbessern.

Der Zwischenbericht zum 30.11.2014 gemäß Artikel 2, Ziffer 3 der Zielvereinbarung zur Herstellung von Barrierefreiheit zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und den Verbänden von Menschen mit Behinderungen wird gemäß Vorlage 14/236 zur Kenntnis genommen.

Punkt 10

Aktive Partnerschaft des LVR im Rahmen der Landesinitiative "Vielfalt verbindet! Interkulturelle Öffnung als Erfolgsfaktor." Vorlage 14/253

Die Verwaltung wird um eine Erfolgskontrolle der Partnerschaft gebeten. Zu Fragen nach anonymisierten Bewerbungsverfahren sowie der zu Grunde liegenden Definition von "Migrationshintergrund" soll im Personalausschuss ergänzend berichtet werden.

Die Berichtsvorlage 14/253 "Aktive Partnerschaft des LVR im Rahmen der Landesinitiative 'Vielfalt verbindet! Interkulturelle Öffnung als Erfolgsfaktor.'" wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 11

Erfahrungsbericht über die Kooperation zwischen der LVR-Anna-Freud-Schule und der städt. Ernst-Simons-Realschule in Köln Vorlage 14/246/1

Der Ausschuss für Inklusion nimmt den Erfahrungsbericht über die Kooperation zwischen der LVR-Anna-Freud-Schule, Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung und der Ernst-Simons-Realschule der Stadt Köln zur Kenntnis.

Punkt 12

Anfragen und Anträge

Keine Wortmeldung.

Punkt 13

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Lubek verweist auf aktuelle Angebote des LVR-Instituts für Training, Beratung und Entwicklung für die Beschäftigten des LVR im Sinne der Zielrichtung 9 (Menschenrechtsbildung) des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Punkt 14 **Verschiedenes**

Keine Wortmeldung.

Duisburg, 05.03.2015

Der Vorsitzende

W ö r m a n n

Köln, 01.03.2015

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland

L u b e k

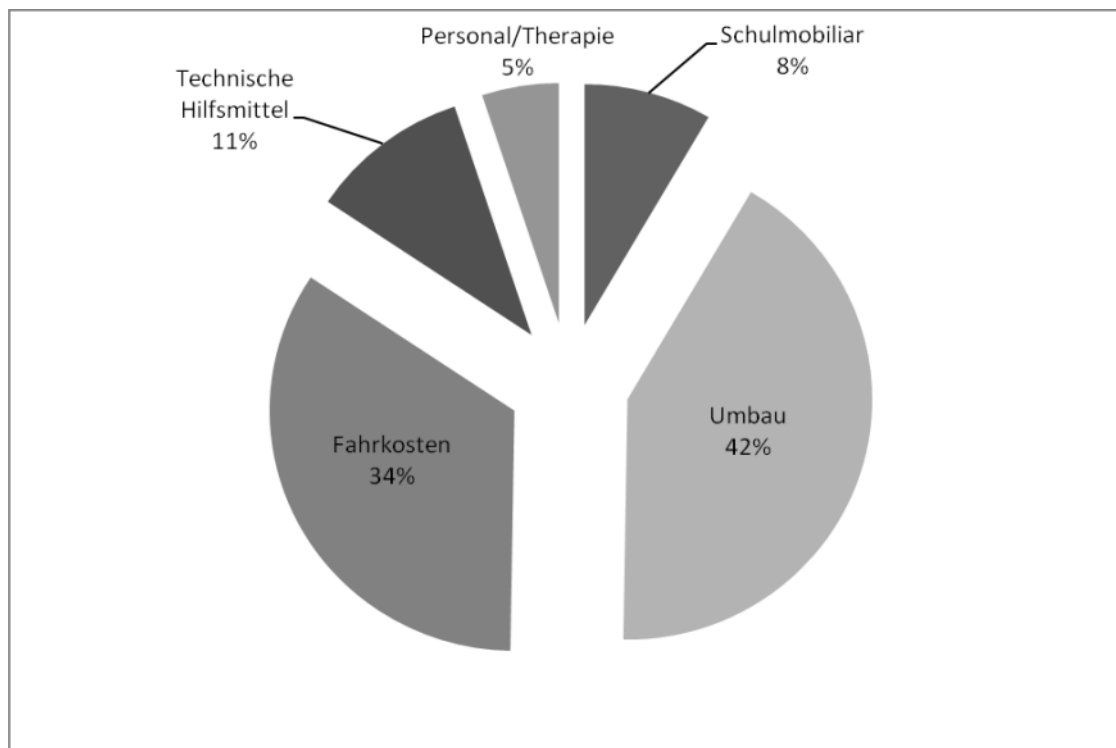
Aufwendungen aus der LVR-Inklusionspauschale für 2014

Aufgrund einer Nachfrage im Ausschuss für Inklusion am 09. Februar 2015 hat die Verwaltung die Aufwendungen aus der LVR-Inklusionspauschale für 2014 nachfolgend nach Förderinhalten aufgeschlüsselt.

Gegenüber der in der Vorlage 14/29/1 geschilderten Antragsituation mit einem erwarteten Volumen von bis zu 920.000 EUR kristallisieren sich im Zuge der Abrechnung derzeit Ausgaben in Höhe von 748.000 EUR heraus. Dies ergibt sich u.a. durch genauere Bezifferungen der Kosten und den Wegfall von ursprünglich beantragten Beförderungskosten.

Förderung 2014	Ausgaben
Schulmobiliar	63.000,00 €
Umbau	313.000,00 €
Fahrkosten	255.000,00 €
Technische Hilfsmittel	79.000,00 €
Personal/Therapie	38.000,00 €
Gesamtvolumen	748.000,00 €

Tabelle 1



Grafik 1